

Zentristische Wahlblöcke vor der russischen Staatsdumawahl

Schneider, Eberhard

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schneider, E. (1995). *Zentristische Wahlblöcke vor der russischen Staatsdumawahl*. (Aktuelle Analysen / BIOst, 71/1995). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-45935>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Zentristische Wahlblöcke vor der russischen Staatsdumawahl

Zusammenfassung

Die wichtigsten zentristischen Wahlblöcke, die am 17. Dezember 1995 zur Wahl der russischen Staatsduma antreten, sind der rechts-zentristische Wahlblock von Premier Wiktor Tschernomyrdin "Unser Haus Rußland" (UHR), die beiden links-zentristischen Wahlblöcke "Frauen Rußlands" (FR) und der "Wahlblock Iwan Rybkins" (WIR), benannt nach dem Vorsitzenden der Staatsduma, sowie der national-zentristische Wahlblock "Kongreß der russischen Gemeinden" (KRG), der von Jurij Skokow und Alexander Lebed angeführt wird. Die Schlagworte von UHR sind "Stabilität" und "Kontinuität". Die FR wollen eine langsamere Gangart bei der Einführung der Marktwirtschaft und eine größere soziale Absicherung dieses Prozesses. Der WIR will die Kluft zwischen Neureichen und Neuarmen verringern. Und der KRG sieht nur einen Ausweg aus der gegenwärtigen Krise Rußlands: die sofortige Bildung einer Koalition der linken - also der kommunistischen -, der links-zentristischen und der patriotischen Kräfte, also von KRG und wohl auch LDPR.

Der rechts-zentristischer Wahlblock "Unser Haus Rußland" (UHR)

Laut einem Memorandum aus dem Analytischen Zentrum des Präsidenten vom Frühjahr 1995¹ sollte mit der Gründung von zwei Wahlblöcken - einem rechts-zentristischen und einem links-zentristischen - versucht werden, nach amerikanischem Vorbild in Rußland allmählich ein Zwei-Parteien-System zu schaf-

¹ Urnov, Mark/Loginov, Andrej, Dvublokovaja terapija, in: Nezavisimaja gaseta, 20.5.1995.

fen, das das gesamte politische Spektrum abdeckt. Am 12. Mai 1995 gründete dann Premier Wiktor Tschernomyrdin den Wahlblock "Unser Haus Rußland" (UHR), dem sich folgende sechs Vereinigungen anschlossen: die "Partei der russischen Einheit und Eintracht" (PREE) unter ihrem Vorsitzenden Sergej Schachraj, der zugleich einer der stellvertretenden Regierungschefs ist - inzwischen hat Schachraj UHR verlassen, weil dieser Block immer mehr zu einer Partei werde -, der "Bund der Landbesitzer Rußlands", der "Bund der Reserveoffiziere", die "Assoziation der russischen Hochschulen", die "Assoziation der Ingenieur-Hochschulen" und die "Assoziation der Exporteure Rußlands". In der Staatsduma kann sich UHR auf die Fraktionen "Neue regionale Politik" und "Stabilität" stützen.

Tschernomyrdin, 1938 als Nachfahre Orenburger Kosaken in einem Dorf dieses Gebiets geboren, ist Ingenieur und Kandidat der technischen Wissenschaften. Bis 1992 leitete er den riesigen staatlichen Erdgaskonzern Gasprom, zu dem er nach wie vor sehr gute Kontakte hat. Der Konzern soll Tschernomyrdin, der seit Dezember 1992 Premier und ständiges Mitglied des Sicherheitsrats ist, für dessen Wahlkampagne monatlich 5 Milliarden Rubel versprochen haben. Während der Geiselnahme von Budjonnowsk zeigte Tschernomyrdin überraschend politisches Profil. Als Regierungschef, der vom Präsidenten ernannt wird, verhandelte er - entgegen der Haltung Jelzins - mit den Geiselnehmern und leitete so den Prozeß der einzig möglichen, nämlich politischen Lösung des Tschetschenien-Konflikts ein.

Die Rolle, die 1993 die "Wahl Rußlands" (WR) als "Partei der Macht" spielte, hat jetzt UHR übernommen. "Unser Haus Rußland" scheint das darzustellen, was Gajdar als die neue Staatlichkeit analysierte. Dem 126 Mitglieder zählenden Spitzengremium von UHR, dem Politischen Rat, gehören acht Minister und 60 Spitzenpolitiker der Regionen an. Weitere Klientel sind Direktoren der noch staatlichen Großbetriebe.

Laut Tschernomyrdin hat das neue Parlament so wichtige Gesetzesvorhaben zu erledigen wie die Verabschiedung des Gesetzes über den Privatbesitz an Grund und Boden - nötigenfalls will UHR ein Referendum durchführen lassen-, des Gesetzes über Aktiengesellschaften, des Gesetzes über die Produktionsteilung sowie des Strafgesetzbuches. Ganz gleich, wie UHR bei der Wahl abschneidet, die Regierung werde - so Tschernomyrdin - ihre volle Amtszeit, die an die Amtszeit des Präsidenten gekoppelt ist, bis zum 16. Juni 1996 ableisten.²

Die Schlüsselbegriffe in der Rede Tschernomyrdins auf dem Gründungskongreß im Mai 1995 waren "Stabilität" und "Kontinuität".³ Hauptziel von UHR sei die Fortführung des politischen und wirtschaftlichen Kurses der letzten zwei Jahre.

Die UHR-Programmatik⁴ nennt in einigen Bereichen detaillierte politische Ziele, die über Allgemeinplätze hinausgehen. In der Regionalpolitik sind es folgende:

- Minimierung der negativen Folgen ungerechtfertigter territorialer Desintegration;
- konsequente Verlagerung der Prioritäten in der Wirtschafts-, Finanz-, Sozial- und Kulturpolitik zugunsten der russischen Provinzen;
- Realisierung der Prinzipien des Föderalismus in den Bereichen Budget und Steuern, Eigentum sowie Nutzung der Natur- und anderer Ressourcen;
- Unterstützung örtlicher Initiativen, die auf die maximale Ausnutzung der vorhandenen Möglichkeiten zur Stabilisierung der sozioökonomischen Situation, der Marktentwicklung und des sozialen Schutzes der Bevölkerung in der Region gerichtet sind;
- selektive staatliche Unterstützung von Regionen mit besonders komplizierten sozioökonomischen, demographischen und ökologischen Bedingungen, aber auch von Regionen mit vergleichsweise unzureichendem Entwicklungspotential;

¹ Zur Biographie vgl. Tschernomyrdin, Wiktor, Ich glaube an Rußland, Berlin 1994.

² Rossijskaja gazeta, 13.5.1995.

³ Belin, Laura, The Chernomyrdin Bloc Surges Forward, in: Transition, 25.8.1995, S. 21-26.

⁴ Političeskaja platforma vsrossijskogo obščestvenno-političeskogo dviženija "Naš dom - Rossija". Moskau (Manuskript, Oktober 1995).

- soziopolitische Entwicklung der nördlichen Regionen Rußlands in Übereinstimmung mit den neuen geopolitischen Realitäten und unter Beachtung der dominierenden Rolle der nördlichen sowie arktischen Territorien bei der Realisierung der russischen strategischen Interessen;
- Lösung der spezifischen Probleme der Groß- und Kleinstädte, der stagnierenden Bezirke, der "geschlossenen Städte" und der Siedlungen in der Nähe von Bergwerken, Fabriken usw.

Zur Bekämpfung der Kriminalität sollen drei Systeme von Milizorganen gebildet werden: eine Bundesmiliz, die auf dem gesamten Territorium der Russischen Föderation im Rahmen der vom Gesetz begrenzten Bundesjurisdiktion tätig ist; eine Republikmiliz, die Straftaten verfolgt, die gegen die Gesetze der Föderationssubjekte gerichtet sind; eine örtliche Miliz, die auf die Einhaltung der Anordnungen der örtlichen Organe achtet und die Leben, Gesundheit, Ehre, Würde und Eigentum der Bürger vor verbrecherischen Anschlägen schützt.

In der außenpolitischen Programmatik von UHR¹ hat die Wiedergewinnung des Großmachtstatus Priorität. Es wird kritisiert, daß sich die russische Außenpolitik in den ersten Jahren nach dem Zerfall der Sowjetunion zu einseitig in Richtung Westen orientiert hat. Zwar soll an der strategischen Partnerschaft mit dem Westen auch in Zukunft festgehalten werden, doch die russische Außenpolitik soll sich verstärkt nach China und Asien orientieren. Ferner wird bemängelt, daß sich die russische Außenpolitik aus Ostmitteleuropa zurückgezogen hat. Die größte Bedrohung der nationalen Sicherheit Rußlands geht nach UHR-Ansicht vom islamischen Fundamentalismus im Süden aus.

Langfristig strebt UHR die Wiedervereinigung der ehemaligen Sowjetrepubliken auf der Grundlage neuer Realitäten an. Der erste Schritt in dieser Richtung könnte eine Zoll- und Währungsunion der GUS-Staaten sein. Der Erfolg marktwirtschaftlicher Reformen und ein beginnender langsamer Wirtschaftsaufschwung könnten Rußland in die Lage versetzen, zur "wirtschaftlichen Lokomotive" der GUS-Staaten zu werden.

Auch die baltischen Staaten haben aufgrund ihrer geopolitischen Lage keine andere Alternative, als mit Rußland wirtschaftlich und kulturell zusammenzuarbeiten. Der Schutz der Rechte der russischen Minderheit in den baltischen Staaten und im gesamten "nahen Ausland", also in den nicht-russischen UdSSR-Nachfolgestaaten, hat in der UHR-Programmatik einen sehr hohen Stellenwert.

Die Osterweiterung der NATO wird von UHR abgelehnt. Im GUS-Bereich wird die Errichtung eines kollektiven Verteidigungsbündnisses angestrebt, das aber nicht gegen den Westen gerichtet sein soll.

Die UHR-Kandidatenliste² führen außer Tschernomyrdin der Filmregisseur Nikita Michalkow, der bis vor kurzem noch mit Ruzkojs Wahlblock "Großmacht" verbunden war, und Generalleutnant Lew Rochlin an, der zu Jahresbeginn 1995 auf Befehl Moskaus unter großen Opfern die tschetschenische Hauptstadt Grosny im Häuserkampf eroberte. Rochlin hatte militärische Auszeichnungen zurückgewiesen und diejenigen in Moskau kritisiert, die durch Geschäfte mit dem tschetschenischen Präsidenten Dschochar Dudajew profitiert haben. Ein anderer prominenter UHR-Kandidat ist der Gründer und frühere Vorsitzende der Demokratischen Partei Rußlands, Nikolaj Trawkin, der der russischen Regierung als Minister ohne Portfeuille angehört.

Der links-zentristische Wahlblock "Politische Bewegung 'Frauen Rußlands'" (FR)

Die "Politische Bewegung 'Frauen Rußlands'" unter ihrer Vorsitzenden Alewtina Fedulowa entstand im Oktober 1993 aus der "Union russischer Frauen", der "Assoziation der Unternehmerfrauen Rußlands" und der "Union der Frauen der Kriegsmarine". Alewtina Fedulowa³, 1940 in der Nähe von Moskau geboren,

¹ Tschernomyrdins außenpolitische Leitlinie, in: Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik - Arbeitsstelle Rußland/GUS (Hg.), GUS-Barometer, 1, 1995, S. 3 f.

² Rossijskaja gazeta, 31.10.1995.

³ Biographische Angaben nach: Kto est' kto v Rossii i v bližnem zarubež'e. Spravoènik. Moskau 1993. Barsenkov, A.S./Koreckij, V.A./Ostapenko, A.I. (Hg.), Federal'noe Sobranie Rossii: Sovet Federacii, Gosudarstvennaja Duma. Biografičeskij spravoènik, Moskau 1995.

absolvierte 1963 das Pädagogische Institut des Moskauer Gebiets und 1986 die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU. Von 1971 bis 1977 war Fedulowa Vorsitzende der kommunistischen Kinderorganisation der Pioniere. Anschließend war sie Spitzenfunktionärin des kommunistischen Jugendverbandes Komsomol. Von 1984 bis 1987 war Fedulowa verantwortliche Sekretärin der kommunistischen Frontorganisation "Sowjetisches Komitee zum Schutz des Friedens" und bis 1991 erste stellvertretende Vorsitzende des kommunistischen "Komitees der sowjetischen Frauen". FR wurde am 11. Oktober 1993 registriert. Viele Mitglieder sind ehemalige Angehörige der sowjetischen Nomenklatura. Bei der Staatsdumawahl am 12. Dezember 1993 erreichte die Bewegung mit 8,1 % das viertbeste Ergebnis. In die Staatsduma zogen von der FR 21 Listen- und zwei direkt gewählte Abgeordnete ein und bildeten unter Jekaterina Lachowa eine eigene Fraktion. Mit Alewtina Fedulowa stellen die FR eine stellvertretende Vorsitzende der Staatsduma. Die FR-Abgeordnete Galina Klimantowa leitet das Komitee für Angelegenheiten der Frauen, der Familie und der Jugend der zweiten Parlamentskammer.

Die FR bekennen sich zur Familie als einem der wichtigsten Werte im Leben des Menschen und Grundlage für Stabilität und Frieden in der Gesellschaft.¹ Aus diesem Grund fordert FR die Unterstützung der Familie durch den Staat. Der Staat soll sich am Menschen orientieren, aber zugleich stark genug sein, ihn zu schützen. Die staatliche Gewalt soll nicht nur viergeteilt sein - die FR betrachten das Präsidentenamt als eine eigene staatliche Gewalt -, sondern sie ist auch als *eine* staatliche Gewalt zu betrachten, wobei das allerdings nicht mit der Konzentration der staatlichen Gewalt gleichgesetzt werden darf. Die FR unterstützen die Idee der Selbstverwaltung für die Föderationssubjekte unter Erhalt der Ganzheit der Russischen Föderation. Der einheitliche Verfassungsraum verlangt zivilisierte Partnerschaft der Föderationssubjekte untereinander sowie zwischen den Föderationssubjekten und der Zentrale.

In der Wirtschaftspolitik sind die FR für eine langsamere Gangart bei der Einführung der Marktwirtschaft und für eine größere soziale Absicherung der Wirtschaftsreform, insbesondere hinsichtlich der Kinder. Der Monopolismus soll zugunsten der Unterstützung der kleineren und mittleren Unternehmer eingeschränkt werden. Der Zugang zu staatlichen Krediten soll erleichtert und die Zinssätze sollen gesenkt werden. Das Steuersystem soll stärker differenziert werden nach Produktionszweigen und Bevölkerungsgruppen, damit eine breite Bevölkerungsgruppe eine reale Chance für die Eigentumsbildung erhält. Weitere Ziele sind: Schaffung von neuen Arbeitsplätzen sowie die Verbilligung von Waren und Dienstleistungen infolge verstärkter Konkurrenz der Anbieter. Auf dem Lande soll es verschiedene Eigentumsformen nebeneinander geben: staatliche, kollektive (Kolchosen) und private. Der Staat soll den Nahrungsmittelmarkt regulieren.

Die FR-Liste für die Staatsdumawahl am 17. Dezember 1995² führen außer Alewtina Fedulowa Jekaterina Lachowa und Galina Klimantowa an. Jekaterina Lachowa stammt - wie Jelzin - aus Swerdlowsk. Sie ist Kinderärztin und beriet ab 1992 zwei Jahre lang den russischen Präsidenten in Angelegenheiten von Familie, Mutterschaft und Kindheit.

Der links-zentristische "Wahlblock Iwan Rybkins" (WIR)

Aufgabe des "Wahlblocks Iwan Rybkins" (WIR), den der Staatsduma-Vorsitzende Iwan Rybkin erst relativ spät, am 17. Juli 1995, gründete, sollte laut der bereits erwähnten Konzeption des Analytischen Zentrums des Präsidenten sein, die Wähler, die Jelzins Politik nicht direkt unterstützen, davon abzuhalten, sich kommunistischen Gruppierungen zuzuwenden, weil ein gemäßigt linkes politisches "Angebot" fehlte.³ Rybkin, 1947 in einer Bauernfamilie im Gebiet Wolgograd geboren, absolvierte 1968 das Wolgograder Landwirtschaftsinstitut, 1991 die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der KPdSU und 1993 die Diplomatische Akademie des Außenministeriums. Von 1990 an war Rybkin für ein Jahr bis zum Ende der KPdSU stellvertretender Parteichef des Gebiets Wolgograd und in dieser Funktion vor

¹ Ženšěiny Rossii, 7, 1995, S. 2-39.

² Rossijskaja gazeta, 6.9.1995.

³ Orttung, Robert W., Rybkin Fails to Create A Viable Left-Center Bloc, in: Transition, 25.8.1995, S. 27-31.

allem für ideologische Fragen zuständig. Im August 1991 begrüßte er den Putsch gegen Gorbatschow. Während des Machtkampfs zwischen Jelzin und dem Vorsitzenden des Obersten Sowjet, Ruslan Chasbulatow, sowie während der militärischen Eroberung des Weißen Hauses, des damaligen Parlamentssitzes, durch die Armee, die auf Befehl Jelzins im Oktober 1993 erfolgte, war Rybkin in diesem Gebäude. Am 12. Dezember 1993 kandidierte er erfolgreich auf der Liste der neu gegründeten Agrarpartei Rußlands (APR), deren Führungsgremien er angehört, für die Staatsduma. Am 14. Januar 1994 wählte die Staatsduma ihn zu ihrem Vorsitzenden. Als Dank dafür, daß Rybkin eine zu scharfe Kritik des Parlaments an der russischen militärischen Invasion in Tscheschenien verhindern konnte, wurde er am 10. Januar 1995 von Jelzin zum ständigen Mitglied des Sicherheitsrats ernannt.

Ursprünglich sollte die APR dem WIR beitreten, denn neben den kleinen Unternehmern sollte der Agrarsektor die soziale Basis von WIR abgeben, doch die APR war zu einer Mitarbeit nicht bereit. Da Rybkin die APR offenbar über seine Pläne, einen Wahlblock zu gründen, nicht vorher informiert hatte, wurde er aus den Führungsgremien der APR entfernt.

Die Führer des Blocks "Mein Vaterland", der populäre Generalleutnant Boris Gromow, der Verteidigungsminister Pawel Gratschow kritisch gegenübersteht und der kürzlich aus der Spitze des Verteidigungsministeriums entfernt wurde, sowie der Mitverfasser des "500-Tage"-Wirtschaftsreform-Programms, Stanislaw Schatalin, verließen Mitte September 1995 den Rybkin-Block wegen dessen politischer Unbestimmtheit und der mangelnden Bereitschaft, auf konstruktiven Oppositionskurs zur Regierung zu gehen.

Rybkin ist es auch nicht gelungen, die großen ehemaligen Staatsgewerkschaften, die "Föderation der Unabhängigen Gewerkschaften Rußlands" (FNPR), und die "Russische Vereinigte Industriepartei" zu halten. Beide, also Gewerkschaften und Unternehmer, gründeten inzwischen einen eigenen gemeinsamen (!) Wahlblock. Verblieben sind Rybkin die Bewegung "Regionen Rußlands", die Abgeordnetengruppe "Rußland" in der Staatsduma sowie 50 weitere kleinere Organisationen. Wegen des Ausscheidens verschiedener Organisationen mußte sich WIR erneut als Wahlblock registrieren lassen.

Die Stichpunkte des ungeschriebenen Programms von WIR sind: Minderung der sozialen Kluft zwischen den Neureichen und den Neuarmen, Hilfe bei der Bildung eines Mittelstandes in Rußland und Kompensation der Spareinlagen, die die Bevölkerung 1992 verlor.

Spitzenkandidaten von WIR¹ sind außer Rybkin der frühere Leiter der Präsidialadministration (1991/ 92) und jetzige Vorsitzende der "Union der Realisten", Jurij Petrow, sowie der stellvertretende Staatsdumavorsitzende Artur Tschilingarow.

Der national-zentristische Wahlblock "Kongreß der russischen Gemeinden" (KRG)

Der national-zentristische Wahlblock "Kongreß der russischen Gemeinden" wurde von Jurij Skokow am 2. März 1993 gegründet. Skokow, 1938 in Wladiwostok geboren, ist Ingenieur für Elektrotechnik und war bis 1990 an führender Stelle in der sowjetischen Rüstungsindustrie tätig. 1990/91 war Skokow erster stellvertretender Regierungschef der RSFSR und 1992/93 Sekretär des Sicherheitsrats.

Der KRG², der inzwischen in 72 Föderationssubjekten vertreten ist, war ursprünglich als eine Interessenvertretung der Russen gedacht, die außerhalb der Russischen Föderation in den UdSSR-Nachfolgestaaten leben. Der KRG war der Meinung, daß das Moskauer Außenministerium die ethnischen Interessen der Russen in diesen Staaten nicht entschieden genug förderte. Anfangs richtete der KRG Informations- und Analysezentren ein, die beim Gesetzgebungsprozeß behilflich sein wollten und russische Geschäftsleute in den UdSSR-Nachfolgestaaten unterstützten. 1993 konnte der KRG nicht genug Unterschriften sammeln, um sich an der ersten Staatsdumawahl beteiligen zu können.

Auf seinem II. Kongreß im Januar 1994 setzte sich der KRG kritisch mit der Politik Jelzins auseinander.

¹ Rossijskaja gazeta, 12.10.1995.

² Belin, Laura/Orttung, Robert W., Parties Proliferate on Eve of Elections, in: Transition, 22.9.1995, S. 49.

Auf dem III. KRG-Kongreß im April 1995 wurde Skokow dann zum Vorsitzenden gewählt. Zugleich gelang es ihm, den bei den Soldaten wie bei der Bevölkerung populären ehemaligen Befehlshaber der 14. russischen Armee in Moldova, Generalleutnant Alexander Lebed, zu gewinnen, der unverblümt die russische Militärintervention in Tschetschenien kritisierte und Verteidigungsminister Gratschow Korruption vorwarf. Wegen dieser mehrmals öffentlich vorgetragenen Kritik blieb dem 45jährigen Saubermann, der allerdings kein Demokrat ist, nichts anderes übrig, als aus der Armee auszuschneiden.

Lebed bezeichnet sich nicht als Politiker, und Demokratie in Rußland hält er erst in zwei oder drei Generationen für möglich. Als integrative nationale Idee kommt für Rußland nach Lebed nur die Orthodoxie

oder der Nationalismus in Frage, wobei Lebed lieber den Patriarchen als Schirinowksij verteidigt. Am liebsten hätte er es, wenn Armee und Kirche zusammenwirken.¹

Doch Lebed gehört zur den schärfsten Gegnern einer Osterweiterung der NATO. In der tschechischen Zeitung "Lidové noviny" behauptete er am 17. April 1995, daß die Aufnahme von Polen und Tschechien in die NATO die Gefahr eines 3. Weltkriegs heraufbeschwöre. Einen Ausweg aus der gegenwärtigen Krise Rußlands sieht Lebed nur in einer Koalition der linken - also kommunistischen -, linkszentristischen und patriotischen - wohl KRG und eventuell LDPR - Kräfte. Diese Koalition sollte sofort nach der Staatsdumawahl gebildet werden.

Der dritte Spitzenkandidat auf der föderalen Liste des KRG² ist der neue (seit Juli 1995) Ko-Vorsitzende der zentristischen "Demokratischen Partei Rußlands" (mit 35.000 Mitgliedern in 60 Regionen und 10 Abgeordneten in der Staatsduma) und Vorsitzende des Komitees der Staatsduma für Wirtschaftspolitik, Sergej Glasew. Glasew war von 1992 bis 1993 Außenwirtschaftsminister. Von diesem Amt trat er aus Protest gegen die Auflösung des Volksdeputiertenkongresses durch Jelzin am 21. September 1993 zurück.

Skokows Wählerschaft kann aus dem militärisch-industriellen Komplex, dem Skokow jahrzehntelang an leitender Stelle angehörte, aus dem nationalistischen Lager, das er sich teilweise mit Ruzkojs "Großmacht" und Schirinowskijs LDPR teilen muß, und auch von nicht-russischen Völkerschaften innerhalb der Russischen Föderation kommen. Insofern bekommt Skokows Nationalismus eine Modifizierung hin zum Staatsnationalismus.

Der KRG ist auf der einen Seite für die Wiederherstellung von Rußlands Großmachtstellung³, für einen starken Staat und den Schutz der Interessen der Russen sowohl innerhalb als auch außerhalb der Russischen Föderation. Auf der anderen Seite unterstützte KRG die Gründung der "Union der Völker Rußlands", welche die Organisationen der nicht-russischen Völker, die in Rußland leben, vereinen soll. Sogar die "Union der Muslime" möchte dem KRG beitreten.

In der Wirtschafts- und Sozialpolitik tritt KRG dafür ein:

- den Höchststeuersatz der Betriebe auf 35% zu begrenzen;
- den Teil des Betriebsgewinns nicht zu besteuern, der für die Entwicklung der Produktion und die Auffüllung der Umlaufmittel verwendet wird;
- die Inflationsrate auf monatlich 1% zu senken und
- die Arbeitslosigkeit gesetzlich auf 2% einzuschränken.

Hilfreich dürfte sich die Tatsache auswirken, daß Skokow Vorsitzender der "Föderation der Warenproduzenten Rußlands" ist. Diese Föderation vereinigt die Direktoren, deren unternehmerische Existenz nicht von regelmäßigen Finanzspritzen des Staates abhängt, die allerdings darauf setzen, später einmal Staatsaufträge zu bekommen, diese pünktlich zu erfüllen und dafür termingerecht bezahlt zu werden. Aus diesem Kreis kann Skokow finanzielle Wahlkampfunterstützung erwarten.

Eberhard Schneider

¹ Interview in: Die Zeit, 3, 1995, S. 4.

² Rossijskaja gazeta, 25.10.1995.

³ Kongress russkich obšëin. Platforma izbiratel'nogo ob"edinenija, Moskau 1995, S. 44.